



Die Linke und der Sozialstaat



Für eine Demokratisierung des Sozialversicherungssystems



Wir erinnern an die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die im Kampf um den Sozialstaat ihren Lebensatem verloren haben. Wir erinnern an die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die im Kampf um den Sozialstaat ihren Lebensatem verloren haben. Wir erinnern an die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, die im Kampf um den Sozialstaat ihren Lebensatem verloren haben.

Kaiser Friedrich von Preußen

1878
Vaterlandsliebe

Das Titelbild zeigt den Botschaftsgedenkstein der Vereine Deutscher Studenten - dieses Denkmal befindet sich im Kyffhäusergebirge bei Bad Frankenhausen/Kyffhäuser in Thüringen. Als Inschrift prangt die kaiserliche Sozialbotschaft von 1881.

Die Demokratisierung des Sozialversicherungssystems könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- volle Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Lohnabhängigen selbst
- volle Selbstbestimmung über alle Leistungen durch die Sozialversicherungen
- vollständige Zahlung aller Beiträge zu allen Sozialversicherungen durch die Unternehmen
- Schaffung einer Einheitskasse – gegen die kapitalistische Marktlogik und das Profitstreben.

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Versionsnummer: 2026-02-17

Mit der folgenden kaiserlichen Sozialbotschaft wurden schrittweise Zweige einer gesetzlichen Sozialversicherung aufgebaut:

- 1883 Krankenversicherung
- 1884 Unfallversicherung
- 1889 Rentenversicherung (ursprünglich Invaliditäts- und Altersversicherung)
- 1927 Arbeitslosenversicherung
- 1995 Pflegeversicherung

»Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die positive Förderung des Wohles der Arbeiter von neuem ans Herz zu legen, [...] dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.

[...]

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten eines christlichen Volkslebens steht.

Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens [...] werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde.«

(1881, kaiserliche Sozialbotschaft)

Kaiser Wilhelm I. und vor allem sein Reichskanzler Otto von Bismarck werden bis heute für ihre Sozialpolitik und die angebliche Gründung der gesetzlichen Sozialversicherung geehrt. Ihr Wirken wurde Modell, wurde von zahlreichen anderen Staaten übernommen und gilt als Grundlage des sogenannten Sozialstaates. Doch ihre Politik entsprang weder einem sozialen noch einem humanitären Herz für die Hilfsbedürftigen. Ziel und Zweck war es:

„die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“¹

1 Otto von Bismarck: Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9, S. 195/196

I. *"Der Staat, das bin ich."* soll ein Ausspruch des Königs von Frankreich, von Ludwig XIV. gewesen sein. Der Adel regierte sein Land und der Wille des höchsten der Hochwohlgeborenen galt absolut. Der Adel des heiligen römischen Reiches deutscher Nation maßte sich an, sich an diesem großen Anspruch zu orientieren. Nur statt eines geeinten Frankreichs umfasste das deutsche Reich in seiner Blüte auf dem geographischen Gebiet von Mitteleuropa über 300 eigenständige Staaten - jeder mit einer von Gott gewollten Potentatenfamilie an der Spitze. Das war die Zeit der sprichwörtlichen deutschen Kleinstaaterei, die sich von unfreien oder zur Abgabe gezwungenen Bauern aushalten ließ. Bauern, die an ihre Scholle und ihren jeweiligen Landesherrn gefesselt waren, die mit ihren Abgaben und Frondiensten das Leben ihrer Herren ermöglichten.

Im Laufe der Geschichte entwickelte sich insbesondere in den Städten neben dem Adel und der Bauernschaft eine neue ökonomische Kraft. Das sogenannte Bürgertum schöpfte aus Handel und Warenproduktion immer mehr und mehr Reichtum und dies nicht aufgrund von Wucher oder Abzockerei.

Wo der Bauer mehr Nahrungsmittel produzieren kann, als er selbst verbraucht und mit seinem Überschuss den Adel ernähren muss, so kann dies auch der Produzent von Waren. Das Geheimnis liegt darin, dass eine Arbeitskraft mehr Wert produzieren kann, als sie selber kostet. Die Entwicklung der Arbeitsteilung und technischer Fortschritt ermöglichten es, die Warenproduktion und den Handel in ungeahnte Dimensionen auszuweiten. Hierzu werden entsprechend freie Arbeitskräfte gebraucht. So können sich die Geldbesitzer, wie beispielsweise ursprünglich selbst tätige Warenproduzenten, Handels- oder Wucherkapitalisten sowie bodenreiche Adlige, zu Überwachern der Produktion und zu ausschließlichen Eigentümern entwickeln. Sie produzieren nicht selbst, sie lassen andere mit ihren Produktionsmitteln produzieren. Sie zahlen ihnen das, was dessen Arbeitskraft wert ist und behalten den Mehrwert für sich,

welcher zu ihrem Profit wird. Sie werden Kapitalist. Doch der Adel in seiner absoluten Herrschaft ist ihm Gefahr und Hindernis zugleich. Wer garantiert ihm sein Eigentum und seine Freiheit zum Handel?

*Ich bin der Mächtelmöchtel und möchte an die Macht.
Ich mache Tächtelmächtel, bis ich`s soweit gebracht.*

*Ich bau mir Eisenbahnen, und glühend fließt mein Stahl.
Ich bin dabei zu planen, die Wirtschaft ganz global.*

*Ich habe schöne Schiffe, die fahren übers Meer.
Sie fürchten keine Riffe, und niemals sind die leer.*

*Ich habe Kolonien, die Menschen und das Land.
Lass aus dem Boden ziehen, was immer ich dort fand.*

*Und schaff's in meine Werke, und mache daraus Waren.
Profit ist meine Stärke, wenn sie zu Markte fahren.*

*Doch große Transaktionen, tun sich nicht richtig lohnen.
Mit Herrscher, Fürst und Kaiser, verdient man keine Häuser.*

*Feudale Prachterhaltung, hemmt meine Machtentfaltung.
Das Recht nach dem wir dürsten, vermässeln uns die Fürsten.*

*Die kleinen Potentaten, halten sich Mini-Staaten,
und mit den vielen Ladeln, lässt sich nicht richtig handeln.*

*Und es sind die Zölle, für uns die reinste Hölle.
Die vielen kleinen Steuern, Exporte sehr verteuern.*

(Schmetterlinge, Proletenpassion, 1976,
Liedausschnitte)

Die Bedürfnisse des Bürgertums bahnen sich in der französischen Revolution einen Weg und mit Napoleons Feldzügen verbreiten sich die bürgerlichen Rechte (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit), vor allem in Form des 'Code Civil', des französischen Zivilrechts. Darüber hinaus macht Napoleons Feldzug Schluss mit der deutschen Kleinstaaterei. Aus dem

ehemaligen heiligen römischen Reich konstituiert sich 1815 der Deutsche Bund, aus hunderten werden rund vierzig eigenständige Staaten, die 1833 einen gemeinsamen Zollverein bilden. Hierdurch entsteht schließlich ein einheitlicher deutscher Binnenmarkt.

Ein weiteres wesentliches Resultat der bürgerlichen Revolution ist die zweifache Befreiung der Bauernschaft, wodurch notwendige lohnabhängige Arbeitskräfte entstehen. Einerseits werden sie aus der Leibeigenschaft und dem Frondienst, andererseits in den Nachwehen der Revolution von ihren Produktionsmitteln befreit. Durch den technischen Fortschritt in der Wissenschaft, der Technik und der Landwirtschaft steigt die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, auf gegebenen Boden setzt ein Bevölkerungswachstum ein. Aber dadurch kann die einzelne Bauernfamilie langfristig nicht mehr alle Familienmitglieder adäquat versorgen. Sind die Kinder erst erwachsen und gründen selbst neue Familien, stellt sich die Frage, wie viele Familien und Generationen ein und derselbe Boden versorgen kann. Es bleibt für die neue Generation nur die Landflucht, auf der Suche nach jemandem, der bereit ist, ihre Arbeitskraft zu kaufen. Damit wächst die Klasse derjenigen, die nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft, insbesondere in den Städten und vor den Werkstoren - es wächst die Klasse der Proleten. Die einzelnen Proleten stehen als Arbeiter prinzipiell in Konkurrenz zu einander. Der Kapitalist ist zwar auf den Arbeiter an sich angewiesen, aber nicht auf den einzelnen Arbeiter per se. Wer krank wird, fliegt raus. Wer aufgrund von Verletzung nicht mehr arbeiten kann, wird durch einen anderen ersetzt. Für die Bürger stellt dies zuerst ein Segen dar. Haufenweise Menschenmaterial und Arbeitskräfte, die bereit sind, für etwas Speis und Trank sich gegenseitig in ihrer Arbeitsleistung zu übertrumpfen.

*Und als der Feudalismus eingesargt, was den Großhandel sehr freute,
sah der Bürger: jetzt bin ich erstarkt und
brauch` Waren für den freien Markt,*

*Nicht ein Paar und nicht ein Dutzend, alle Reservoirs nutzend,
und ich halt sie bei der Stange vorderhand, wer weiß wie lange,
immer mit dem einen Ziele: Ich brauch` viele, viele, viele...*

*Und weil der Fortschritt sich beeilt hat,
als wär` er in den Arsch getreten,
und der Fabrikant sich dran beegelt hat,
ist er hungrig, wenn auch speisatt:*

*Und immer mehr ziehen in die Stadt
und noch mehr Dörfer bleiben verlassen,
in den Fabriken treiben sie das Rad
und fällt der Absatz einmal – schad,*

*Staut sich in den Lagerhallen, will ich keine Löhne zahlen,
bis die Krise dann vorbei ist; weil der Weltmarkt ja so frei ist.
Und im Werkel dieser Mühle drehn sich viele, viele, viele...*

*Wenn die Aktie steigt im scharfen Wind
und man kann daran verdienen,
schuftet der Mann, die Frau, das Kind,
die Tage sechzehn Stunden sind,*

*Und die Proleten werden immer mehr und es ballt sich eine Masse,
man sieht deutlich, daß sich ungefähr angesammelt hat ein Riesenheer ...*

(Schmetterlinge, Proletenpassion, 1976,
Liedausschnitte)

Bis zu dem Moment, wenn den Proleten bewusst wird, dass sie Stärke besitzen, sobald sie sich zusammenschließen. In Deutschland gründeten sich solidarische Arbeitervereine, zur gegenseitigen Bildung, Beratung, Unterstützung und Stärkung.

Aus der ökonomischen Klasse an sich, wird eine politische Klasse für sich, die sich zur gegenseitigen Absicherung und für bessere Arbeitsbedingungen zusammenschließt. Aus den Vereinen erwachsen Gewerkschaften und Parteien. Die gegenseitige Absicherung war hierbei ein zentraler Anker der Vereinigungen. Tritt ein in den Verein, die Partei und oder in die Gewerkschaft, zahle deinen Beitrag und gewinne in Summe durch gemeinschaftliche Stärke. Die Arbeitervereine, wie auch die Parteien der Proleten und die Gewerkschaften finanzierten sich aus den Mitgliedsbeiträgen und das, was die Proleten für ihr Leben notwendig und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände brauchten, kämpften sie gemeinsam den Kapitalisten wieder ab. So wirbt die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall, mit über 2 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft Deutschlands) bis heute nicht nur mit Geldzahlung im Streikfalle oder Bildungsangeboten wie Rechtsberatung, sondern auch mit einer Freizeitunfallversicherung und finanzielle Unterstützung im Todesfall des Mitglieds. Die Wurzeln dafür liegen im 19. Jahrhundert, in den ursprünglichen Arbeitervereinen.

Dazu stellt sich bereits sehr früh im Kapitalismus die Frage, wozu es den Bürger, den Kapitalisten überhaupt braucht? Der Bürger muss nicht arbeiten, er lässt arbeiten und zieht aus dem, was andere leisten, seinen Profit. Der größte und stärkste Teil der Arbeiterklasse² hat dies im 19. Jahrhundert hinterfragt und mehr oder minder offen die Losung gestellt, den Kapitalisten zu entmachten und den ganzen Laden selbst zu übernehmen. Diese sozialistischen und kommunistischen Strömungen der Arbeiterklasse waren und sind bis heute die Schreckvorstellung aller Kapitalisten.

2 Die Arbeiterklasse darf sich nicht spalten lassen, weder entlang der Hautfarbe oder der Nation, der geschlechtlichen oder sexuellen Identität und auch nicht entlang der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, solange sie aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft resultieren.

II. Nun zurück zu Kaiser Wilhelm I. und Reichskanzler Otto von Bismarck. Das zweite deutsche Reich sah sich einer starken und sozialistisch geprägten Arbeiterklasse gegenüber. Eine Gefahr für die Kapitalisten und die noch fortbestehenden Teile des deutschen Adels. Wehe den bürgerlichen und feudalen Müßiggängern, wenn die Gemeinschaft der Arbeiter meint, es besser zu wissen. Und die Gemeinschaft der Arbeiterklasse schloss sich immer näher zusammen. So fusionierte 1875 auf dem Gothaer Parteitag die SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) mit dem ADAV (Allgemeinen deutschen Arbeiterverein) zur SAP (sozialistischen Arbeiterpartei).

Adel und Kapitalisten sahen sich in Bedrängnis und so setzte Reichskanzler Bismarck 1878 ein befristetes Ausnahmegesetz durch, das Sozialistengesetz "*wider den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie*". Das Gesetz verbot sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften. Das besiegelte auch die Schicksale der autonomen Kassen zur gegenseitigen Unterstützung der Arbeiterklasse, die sogenannten Hilfskassen, die die Proleten in Eigenregie aufgebaut hatten. Als hätte die SAP dies bereits vorab geahnt, war eine ihrer Forderungen im Gothaer Programm bereits 1875 "*Volle Selbstverwaltung für alle Arbeits- und Unterstützungskassen*".

Doch die SAP und andere Vereine der politischen Arbeiterklasse ließen sich nicht beirren und agierten im Untergrund weiter. In den nächsten Jahren folgten weitere Angriffe auf die Strukturen der Arbeiter, auf die Gewerkschaften und Arbeiterparteien, einerseits durch Verlängerung des Sozialistengesetzes (wie 1880, 1884, 1886 und zuletzt 1888) und andererseits mit der kaiserlichen Sozialbotschaft und der Errichtung einer gesetzlichen Krankenkasse 1883, der Unfallversicherung 1884 und der Invaliditäts- und Altersversicherung (Rentenversicherung) 1889. Die Botschaft und die gesetzlichen Versicherungen wurden nur mit dem Ziel erlassen, der

zunehmenden und kontinuierlichen politischen Bedrohung durch die Proteste der Proleten entgegenzuwirken. Ein weiterer Angriff auf die politische Arbeiterklasse äußerte sich in der Ausgestaltung der gesetzlichen Sozialversicherungen. Wo einst die Arbeiter ihre Kassen zur Versorgung und Vorsorge selbst verwalteten, wurden die gesetzlichen Versicherungen gemeinschaftlich verwaltet. Gemeinschaftlich heißt, dass sowohl Kapitalisten als auch Arbeiter die Versicherungen verwalten sollten. Dies gilt im Grunde bis heute. Schließlich glaubten 1890 Bürger und Adel die Proleten soweit im Sack zu haben und wähnten sich in relativer Sicherheit. Das Sozialistengesetz wurde nicht weiter verlängert, die SAP trat aus dem Untergrund und nannte sich fortan SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands – die SPD ist damit die älteste noch existierende Partei und Arbeiterpartei im deutschsprachigen Raum).

III. Ursprünglich hatten die Kapitalisten in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen 1/3 der Verwaltungssitze inne. Dies wurde später zu einer paritätischen Verteilung geändert, sodass die Verwaltungsorgane bis heute paritätisch über sogenannte Sozialwahlen besetzt werden (50 % Arbeiter bzw. Versicherte und 50 % Kapitalisten bzw. Unternehmen). Die erst 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung stellt heute sogar nur eine abgespeckte Selbstverwaltung dar – die Mitglieder werden ernannt und nicht durch Sozialwahlen gewählt. Dadurch wurde die Selbstverwaltung der Arbeiterklasse noch weiter zurück gedrängt. Seitens der Kapitalisten dient dies dem Zweck, wie weiter unten noch zu sehen ist, Zugriff und Kontrolle auf die Kassen der Arbeiterklasse zu haben. Der Bürger und Unternehmer selbst ist nicht Versicherter, ist nicht originärer Teil der Sozialversicherung. Dass er trotzdem paritätisch mitbestimmt, ist im Grunde ein Skandal und ist ebenso skandalös wie das Faktum, dass sich der Großteil der heutigen politischen Arbeiterklasse um diesen Umstand nicht schert. Im Klartext: es geht um die Krankenkassen der Arbeitenden, um deren Vorsorge

fürs Alter, um deren Schutz bei Versehrtheit, Unfall und Invalidität. Was hat der Bürger und sein freies Unternehmertum hier zu suchen?

Für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen sind sie im Grunde so obsolet wie im Produktionsprozess, wo sie selbst nicht mitarbeiten (müssen), andere arbeiten lassen und nur als Träger eines Eigentumstitels für sich einen Profit herausziehen, der in ihre private Hände fällt. Die Forderung der Arbeiter muss demnach die gleiche wie 1875 sein:

Für die volle Selbstverwaltung für alle Arbeits- und Unterstützungskassen, also Verwaltung der Sozialversicherungen durch die Arbeiter selbst.

IV. Doch mit dieser Forderung hören wir bereits die Kapitalisten geeint aufschreien:

"Wie unfair! Immerhin zahlen wir als Unternehmer einen großen Anteil an den Beiträgen der Sozialversicherungen. Da wäre es nur gerecht, entsprechend mitzubestimmen."

Stand heute werden die Beiträge zur Sozialversicherung paritätisch gezahlt, zur Hälfte von den versicherten Arbeitern und zur anderen Hälfte von den Käufern der Arbeitskraft. Im Grunde ist dies aber eine Scheindebatte. Ob der Kapitalist den vollen Beitrag direkt an die Sozialversicherungen zahlt oder dem Arbeiter den vollen Beitrag auszahlt und dieser wiederum vom Arbeiter an die Sozialversicherung überwiesen wird oder ob dies in irgendeinem Verhältnis gesplittet geschieht, spielt im wesentlichen keine Rolle. Die Frage, wer den Beitragssatz bezahlt, spielt nur auf kurze Sicht eine Rolle. Wenn die Kapitalisten die Beitragssätze in voller Höhe bezahlen, so hieße das für die Arbeiter in diesem Moment, dass sie mehr Lohn für sich übrig hätten. Aber die Unternehmer brächten dies als Argument bei nachstehenden Lohnverhandlungen auf den Tisch.

Ebenso anders herum. Bei der Einführung der gesetzlichen Krankenkasse hatte die Unternehmenseite 2/3 der Beiträge zu zahlen, heute sind es 50 %. Für den Reichskanzler Bismarck stellte diese kurzfristige Lohnverbesserung für die Arbeiter eine zusätzliche Werbung seiner Sache dar. Aber egal wie man es dreht, der Zweck der Beitragszahlung bleibt der Gleiche und hierbei hat die Unternehmenseite kein originäres Recht zur Mitbestimmung oder zur Kontrolle, ebenso wie sie kein Recht zur Kontrolle hat, wofür der Arbeiter seinen Lohn ausgibt oder welche Nahrungsmittel er konsumiert. Es geht neben dem Argument der Mitbestimmung und Kontrolle nur darum, welche Seite einen kurzfristigen finanziellen Nachteil hinnehmen soll. Die Antwort im Sinne der Arbeiter kann daher nur lauten:

**Die Unternehmenseite hat alle Beiträge zu den
Sozialversicherungen zu leisten.**

V. Die heute existierenden Träger der deutschen Sozialversicherungen sind als sogenannte öffentlich-rechtliche Körperschaften organisiert und als solche ist ihnen eine Gewinnerzielungsabsicht verboten. Sie dürfen und sollen aber Rücklagen bilden können. Die Unternehmenseite greift diesen Umstand beständig an und versucht auf die akkumulierten Gelder der Arbeiter in der Sozialversicherung Zugriff zu erhalten, um sie für ihre Zwecke umzumünzen. Das geschieht durch staatlich auferlegte Leistungen, die die gesetzlichen Sozialversicherungen erbringen müssen, zum großen Teil aus eigenen Mitteln und mit ihren eigenen Strukturen, also aus den Mitteln und Strukturen der Arbeiterklasse.

Dies unterminiert nicht nur die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, sondern dient dazu, dass der Staat seine Sozialpolitik auf Kosten der Arbeiterkassen durchführt - die Profite und privaten Vermögen der Kapitalisten können dann geschont werden. Das Schlagwort lautet: Versicherungsfremde Leistungen. Doch hier ist Vorsicht geboten, denn die Kapitalisten

nehmen diesen Begriff gerne auf, um gewisse Leistungen der Sozialversicherung als "Fremdleistung" zu deklarieren. Erinnern wir uns daran, dass die frühen Arbeitervereine, wie auch die Parteien der Proleten und die Gewerkschaften sich aus den Mitgliedsbeiträgen finanzierten und das, was die Proleten für ihr Leben notwendig und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände brauchten, kämpften sie den Bürgern wieder ab. Freilich hat der freie Unternehmer eine ganz andere Vorstellung davon, was notwendig gebraucht wird und was nicht. Gerade und weiße Zähne oder deren Ersatz seien doch reiner Luxus und würden damit eine Fremdleistung darstellen. Also alles, was ihm als zu viel erscheint, deklariert er als Fremdleistung, die durch eine Reduzierung der Beiträge zum Wohle seiner Profite eingespart gehören. Abgerundet werden diese Vorhaben mit dem beständigen Streben der Bürger die Gelder in den gemeinschaftlichen Kassen der Arbeiterklasse durch Profit in private Hände umzuleiten. Die Forderung der vollen Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeiterklasse selbst muss also begleitet werden mit der Forderung, dass Sozialversicherungen selbst bestimmen können, welche Leistungen in welchem Umfang erbracht werden. Daher:

**Für die volle Selbstbestimmung über alle Leistungen der
Arbeits- und Unterstützungskassen, also Bestimmung über
Leistungen der Sozialversicherungen
durch die Arbeiter selbst.**

VI. Zusammenfassend wurden drei grundsätzliche Angriffe auf die Sozialversicherungen dargelegt:

1. Ummünzung der Gelder der Arbeiterkassen und Nutzung ihrer Strukturen für staatliche Sozialpolitik
2. Einsparung der Gelder der Arbeiterkassen zum Wohle des unternehmerischen Profits
3. Gezielter Abfluss der Gelder aus den Arbeiterkassen in private Hände mittels Profit

Diese Angriffe zeigen sich in allen Zweigen der heutigen Sozialversicherungen.

- zu 1. Ummünzung der Gelder der Arbeiterkassen

In allen Gesellschaftsformen und wirtschaftlichen Verhältnissen hat es und wird es Menschen geben, die durchs Raster fallen. Dies sind die Ärmsten der Armen. Dem Kapitalismus und der verallgemeinerten Warenproduktion sind darüber hinaus Arbeitslosigkeit und Krisen in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen inhärent. Denn Warenproduktion, Profitstreben und der daraus entstandene Wettbewerb treiben die einzelnen Kapitalisten stets weiter voran. Es muss schneller und günstiger produziert werden. Das heißt, entweder mit gleichen Mitteln mehr produzieren zu können oder mit weniger Mitteln das gleiche. Disziplinierung der Arbeiter, Rationalisierung sowie technisch-wissenschaftlicher Fortschritt ermöglichen dies. Hiermit ist man der Konkurrenz einen Schritt voraus. Dazu kommt, dass Wettbewerb zu Zentralisation und Konzentration führt - jeder kennt den Monopoly-Effekt. Einerseits führt dies dazu, dass immer weniger Arbeiter gebraucht werden, um die selbe Menge einer Ware hervorzubringen. Andererseits führt dies immer wieder zu einer gewissen Überproduktion und Übersättigung – der Absatz fällt und der freie Unternehmer muss Arbeitskräfte entlassen. Die Arbeiter sitzen nun auf der Straße und warum? Weil sie zu gut und zu viel gearbeitet haben. Mehr noch zeigt uns dies, dass im Kapitalismus immer ein gewisser Teil der Arbeiterklasse auf der Straße sitzen wird und verarmen muss. Der Traum einer Vollbeschäftigung im Kapitalismus ist und bleibt eine Mär.

Die französische Revolution hat bewiesen, wie wichtig es für die herrschende Klasse ist, die Ärmsten der Armen im Zaum zu halten, damit ihnen der Laden nicht um die Ohren fliegt. Somit ist die Armenpflege oder Wohlfahrtsfürsorge Hauptpunkt einer staatlichen Sozialpolitik. Und damit sind wir beim Kern der Kritik angelangt. Armenpflege ist staatliche Aufgabe und stellt etwas

anderes dar, als eine solidarische Sozialversicherung, welche eine gemeinschaftliche Kasse ist, gebildet aus Lohnanteilen der Arbeitenden. Weder wäre es Aufgabe der Proleten noch könnten sie vereint die Mittel stellen, die Armenpflege zu bewältigen, insbesondere in Zeiten längerfristiger Krisen der Warenproduktion. Dies bewies sich in der Weltwirtschaftskrise um 1929, die verheerend die Weimarer Republik traf. In solchen Zeiten kann nur der Staat über eine Umverteilung der Vermögen finanzielle Hilfe für Bedürftige leisten.

Exkurs: Der Streit um die Absicherung der Arbeitslosen

Die Bedeutsamkeit gerade der Arbeitslosenversicherung macht sich auch an ihrer späten Einführung 1927 im Vergleich zu den anderen Versicherungen deutlich. Die Kapitalisten wollten keine wenn auch noch so geringe Absicherung der Arbeiter jenseits der Lohnarbeit. Ende März 1930 war es dann auch schon wieder vorbei mit einer minimalen **Existenzabsicherung der Lohnabhängigen**. Die große Koalition unter Führung der SPD zerbrach an der Frage der Höhe des Arbeitslosengeldes. Die SPD wollte angesichts der Höhe der Arbeitslosenzahlen und des täglichen Elends eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 0,5%. Dies lehnte die DVP, eine rechtsliberale, nationalistisch-monarchistisch geprägte Partei strikt ab. Die Koalition zerbrach. Ihr folgte das rechte Kabinett Brüning, welches **erstmalig mit Hilfe per Dekret und Notverordnungen** regierte.

Dieses Faktum wurde nach dem zweiten Weltkrieg bei der in der Bundesrepublik eingeführten Arbeitslosenhilfe berücksichtigt. 1956 führte der christdemokratische Bundeskanzler Adenauer neben einer bestehenden Sozialhilfe eine zusätzliche Arbeitslosenhilfe als Fürsorgeleistung ein, die aus Steuermitteln gezahlt wurde und unbefristet war. Die Unbefristung der Arbeitslosenhilfe löste bei den Bürgern und Kapitalisten einiges Gezeter aus. Die gewährte Staatsleistung wurde als unrealistisch und als großes finanzielles Risiko für den Staat bezeichnet. Doch Bundeskanzler lernt vom Reichskanzler. Man beachte: 1956 wurde die Kommunistische Partei verboten (KPD-Verbot), nebenan wollte die Deutsche Demokratische Republik den besseren, sozialistischen deutschen Staat aufbauen und die SPD war mit Abstand die stärkste Oppositionskraft, mit der man im

Übrigen auch gut über eine Annäherung und womögliche Wiedervereinigung mit der DDR hätte sprechen können. Zudem standen 1957 die Wahlen zum dritten Bundestag an. Tja, wie damals Bismarck hatte nun auch Adenauer die Spenderhosen an, aus dezidierten Gründen. Die Spenderhosen wurden erst nach Einverleibung der DDR und Zerfall der Sowjetunion abgelegt. In einer von der SPD geführten Regierung, als der rote Ostblock im Sack war und die Kapitalisten sich sicher wähnten, schaffte Bundeskanzler Schröder die Arbeitslosenhilfe 2005 endgültig ab. Sie wurde mit der Sozialhilfe zusammengelegt - was damals als `Hartz 4` bekannt war, kommt heute daher als `Bürgergeld` und morgen als `Neue Grundsicherung`. Es ist und bleibt aber die staatliche Sozialhilfe. Die Bürger und Kapitalisten deichseln es dabei gerne so, dass gewisse Fürsorgeleistungen möglichst nicht aus den Profiten und Privatvermögen gezahlt werden, sondern aus den Kassen und über die Strukturen der Arbeiterklasse.

Beispiele:

- Bürgergeldempfänger & Kranken- und Pflegeversicherungen

Alle Bürgergeldempfänger sind mindestens in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Der Staat zahlt die Beiträge, allerdings deutlich zu wenig. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Bürgergeldbeziehende lagen im Jahr 2022 9,2 Mrd. Euro höher als die für diese Gruppe gezahlten Beiträge.

- Mütterrente & Rentenversicherung

Die Grundsicherung im Alter erhält, wer keine oder nur eine sehr geringe Rente erhalten würde. Diese muss beantragt werden und ist einkommens- und vermögensabhängig, es gibt zu Recht keine zusätzliche Rente für Vermögende. Anders ist dies bei der Mütterrente, die von der Mutter auch auf den Vater übertragen werden kann. Für jedes Kind werden Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. Dabei gilt Stand 2024:

- Kinder, die vor 1992 geboren wurden:
2 Jahre und 6 Monate Erziehungszeit
- Kinder, die 1992 oder später geboren wurden:
3 Jahre Erziehungszeit

Pro Jahr Erziehungszeit wird ein voller Rentenpunkt gutgeschrieben. Im Jahr 2024 war ein Rentenpunkt 39,32 Euro wert. Das bedeutet:

- Ein vor 1992 geborenes Kind bringt bis zu 98,30 Euro monatlich
- Ein nach 1992 geborenes Kind erhöht die Rente um bis zu 117,96 Euro monatlich

Wer drei Kinder hat, die nach 1992 geboren wurden, kann durch Erziehungszeiten rund 353 Euro monatliche Rente erhalten – leider vermögensunabhängig.

- Arbeitslosenversicherung & Gründungszuschuss

Die Arbeiter zahlen in die Arbeitslosenversicherung ein, um im Fall der Fälle vorgesorgt zu haben, wenn sie in die Arbeitslosigkeit fallen. Doch warum bietet die Agentur für Arbeit den Proleten ein Programm an, das sie zur Selbstständigkeit ermuntert, bezahlt aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Der Ursprung liegt in den Hartz IV Reformen der Rot-Grünen Schröderregierung gegen Ende der 90er, unter dem Schlagwort 'Ich-AG'.

Nach damaliger Vorstellung drückt der Begriff 'Ich-AG' aus, dass Arbeitslose ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht nur als Arbeiter einbringen, sondern vor allem auch als Selbstständige umsetzen können. Der Idee 'Ich-AG' liegt die These zu Grunde, in Deutschland existiere ein 'großer Bedarf an kostengünstigen Dienstleistungen'. Selbstständige unterliegen nur einigen Arbeitsschutzgesetzen, auch nicht dem Mindestlohn. So wird mit Mitteln der Arbeitslosenversicherung eine Schicht von Selbstständigen geschaffen, die zwischen 12 und 16 Stunden am Tag unter dem Mindestlohnniveau arbeiten können. Letzteres setzt vergleichbar tätige und

sozialversicherungspflichtige Arbeiter enorm unter Druck. Somit ist diese `Leistung` der Arbeitslosenversicherung bei weitem nicht im Interesse der Arbeiterklasse, wird aber aus ihren Geldmitteln gezahlt.

Diese drei Beispiele sollen hier genügen. Der Sozialverband VdK³ hat zusammen mit Fiscal-Future im Rahmen einer Studie Anfang 2025 offen gelegt, dass der Staat zur Finanzierung seiner Sozial-, Familien- und kapitalfreundlichen Wirtschaftspolitik die Gelder der Sozialkassen der Arbeiterklasse zweckentfremdet. Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich auf das Jahr 2024:

"Insgesamt werden 171,7 Milliarden Euro an gesamtgesellschaftlichen Aufgaben durch die Sozialversicherungen geleistet. Die Bundeszuschüsse summieren sich versicherungsübergreifend auf 100,8 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich eine Unterfinanzierung von 70,8 Milliarden Euro."⁴

Diese Unterfinanzierung dient wiederum der Gängelung der Arbeiterklasse, die `Lohnnebenkosten` seien zu hoch, die Arbeiter zu verschwenderisch, die Arbeitslosen zu wählerisch und zu faul. Das wirklich Freche an der ganzen Situation ist und bleibt, dass den Sozialversicherungen und damit den lohnabhängig Beschäftigten diese Aufgaben und Leistungen per Gesetz aufgezwungen werden. Die Arbeiterklasse wird zur Kasse gebeten, die Klasse der Kapitalisten wiederum nicht. Auch hier hat die Studie des VdK dargelegt, wie mit einer Besteuerung der besitzenden Klasse die obigen Aufgaben und Leistungen finanziert werden könnten:

3 Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands

4 <https://www.vdk.de/presse/pressemitteilung/vdk-berechnung-ein-guter-sozialstaat-ist-finanzierbar> – eine Studie aus Februar 2026 des DIW im Auftrag der Linken belegt, dass eine Reform der Vermögenssteuer allein bis zu 100 Mrd. € einbringen könnte.

"Bis zu zehn Milliarden Euro könnte beispielsweise eine sozial gerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer einbringen, sogar 40 Milliarden brächte eine verfassungsgemäße Form der Vermögenssteuer, und weitere 25 Milliarden könnten nach Schätzungen des VdK über eine konsequentere Bekämpfung von Steuervermeidung erzielt werden."⁵

Wenn der Staat es nicht hinbekommt, mit seinen eigenen Finanzmitteln und staatlichen Strukturen seine Sozialpolitik und die Hilfe für die Ärmsten der Armen zu organisieren, so kann die organisierte Arbeiterklasse strukturelle Beihilfe leisten, aber zu ihren eigenen Bedingungen. Dann soll der Staat sein Budget für diese Aufgaben überweisen und die Arbeiter organisieren in diesem Budgetrahmen die Verteilung an die Armen selbst. Das wäre auch nur gut und recht, denn die Armen sind in der Regel die gefallenen Brüder und Schwestern der Arbeiter, diejenigen, die es nicht mehr in die Verwertungslogik der Bürger und Kapitalisten geschafft haben, deren Arbeitskraft von anderen als nicht wertschaffend genug angesehen und bewertet wurde.

- zu 2. Einsparung der Gelder der Arbeiterkassen

Unter Rückgriff auf die steigende Lebenserwartung der Proleten wird von den Kapitalisten seit den 70er Jahren eine Kostenexplosion der Krankenversorgung und ein Einsturz der Rentenkassen propagiert. Die immer höhere Lebenserwartung der Arbeiter, der sogenannte demographische Wandel, würde auf lange Sicht die Ressourcen des 'gemeinsamen' Gesundheits- und Rentensystems sprengen. Zwar ist die steigende Lebenserwartung und der immer höhere Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung Tatsache und die Argumentation je älter, desto kränker, desto teurer scheint einleuchtend, bleibt aber trotzdem faktisch falsch. Das steigende Durchschnittsalter verursacht im Gesundheitswesen keine unlösbaren Probleme, sondern hauptsächlich Veränderungen im Spektrum der Krankheiten. Studien zeigen, dass jeder Mensch, über sein ganzes

5 Ebd.

Leben hinweg betrachtet, etwa 70 bis 80 Prozent der Kosten im Gesundheitswesen in den letzten Jahren seines Lebens verursacht. *"Es ist dabei völlig gleichgültig, ob er mit 40, 60 oder 80 Jahren stirbt."*⁶. Tatsächlich mussten die Beiträge zur Krankenkasse kontinuierlich erhöht werden. Dies beruhte aber nicht auf einer Kostenexplosion, sondern auf einem Einbruch der Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung infolge einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Anzahl von sogenannten Geringverdienern bei gleichzeitig steigenden Fremdleistungen im Rahmen der Sozialhilfe durch Krankenkassen. Außerdem bereichert sich die private Pharma- und Medizintechnikindustrie wachsend an den Krankenkassenbeiträgen. Ähnlich in der Rentenversicherung. Im Vergleich zur Steigerung des BIP zwischen 2005 und 2025 ist der Anteil der Rentenkosten von 3,4% auf 2,7% gesunken. Die Kapitalisten behaupten dennoch vehement, die gesetzliche Kranken- wie Rentenversicherung müssen grundlegend reformiert werden und das Heil liege in Einsparungen und Privatisierung. Die fehlenden Beitrags-einnahmen sollen aber nicht durch Beitragserhöhungen ausgeglichen werden - was langfristig zu höheren Lohnkosten führen würde und die Profite der Unternehmen senkte. Nein, stattdessen sollten die Arbeiter alternativ zur Kasse gebeten werden. Kein Inflationsausgleich durch entsprechende Rentenanpassungen, Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Arbeiter sollen zusätzlich privat für ihr Alter vorsorgen, bspw. durch Kauf von Aktien. Dazu gesellen sich Rezept-, Praxis- und Klinikgebühren, Zuzahlungen, individuelle Zusatzbeiträge und vor allem Streichung von Leistungen, deren Ersetzung durch Ehrenamt und Verschiebung der Verantwortung in die Familie, insbesondere was Pflege von Angehörigen betrifft. Ein Beispiel der anderen Art zeigt der sogenannte Anti-Streik-Paragraph. Die Arbeitslosenversicherung war als solidarische Unterstützungs-kasse konzipiert und galt somit als erweiterte Streikkasse der lohnabhängigen Beschäftigten. Denn ein Streik in einem Betrieb kann die

⁶ <https://taz.de/Privatisierung-des-Gesundheitswesens/!5544982>

Lieferkette so beeinträchtigen, dass in anderen unbeteiligten Unternehmen die Beschäftigung negativ beeinflusst werden kann. In solchen Fällen hat die Arbeitslosenversicherung früher Kurzarbeitergeld gezahlt, seit 1984 allerdings nicht mehr. Es wurde argumentiert, dass es unfair sei, die Gemeinschaft für die Auswirkungen von Streiks zahlen zu lassen und man habe ja nur wenig Mittel zur Verfügung. Das perfide an der Argumentation ist, dass die Unternehmen durch gezielte Aussperrungen im Streikgeschehen solche Lieferkettenprobleme bewusst herbeiführen können:

*"Hier greifen die Unternehmer mit dem Ziel der Entsolidarisierung in den Arbeitskampf ein. Zweierlei macht sich bemerkbar - durch systematische Lagerverknappung wird die kalte Aussperrung von den Unternehmensverbänden als gezieltes Arbeitskampfinstrument eingesetzt; dadurch zeigen sie, daß sie im Besitz der tatsächlichen Mittel sind."*⁷

- zu 3. Gezielter Abfluss der Gelder aus den Arbeiterkassen
Die gesetzlichen Krankenkassen sollen explizit in Wettbewerb zu einander stehen, denn wie jeder weiß, die Prinzipien des Marktes und die Logik des Profiterwerbs kommen allen zu gute ;-)

Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung

"Mit der wettbewerblichen Ausrichtung des Krankenversicherungssystems verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Krankenkassen in ein Konkurrenzverhältnis untereinander zu stellen, um Innovationen im Gesundheitswesen und Serviceorientierung gegenüber den Versicherten zu fördern. [...] Wettbewerbliche Elemente sind unter anderem die Möglichkeit von Satzungsleistungen, Selektivverträge, Wahltarife, Bonusprogramme und auch Kooperationsmöglichkeiten mit der privaten Krankenversicherung. Eine zentrale Rolle in der wettbewerblichen Ausrichtung der gesetzlichen Krankenversicherungen spielt die Sicherstellung fairer und gleicher Chancen im Wettbewerb und die Vermeidung von Risikoselektion zu lasten der Versicherten."

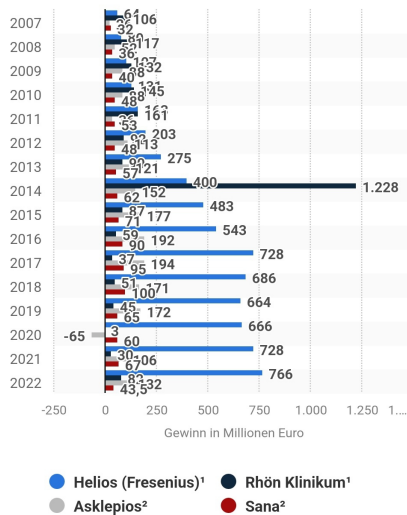
Vgl. <https://www.bundesamtsozialesicherung.de/de/themen/krankenversicherung/wettbewerb/>

7 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/542163.s-afg-nausdruck-der-machtverhaeltnisse.html>

Passend dazu wurde seit Beginn dieses Jahrtausends das Krankenwesen privatisiert, wie öffentlich-rechtliche Krankenhäuser und Altersheime. Die Zahl der Kliniken und Krankenhäuser in Deutschland ist im langfristigen Trend seit Jahren rückläufig. Waren es 1991 noch rund 2.400, zählt das statistische Bundesamt aktuell noch 1.893 Kliniken. Die privaten Träger konnten dabei ihren `Marktanteil´ von knapp 22 Prozent im Jahr 2000 auf rund 40 Prozent der Häuser im Jahr 2022 ausbauen.

**Gewinn der größten privaten
Klinikbetreiber in Deutschland in den
Jahren 2007 bis 2022**

(in Millionen Euro)

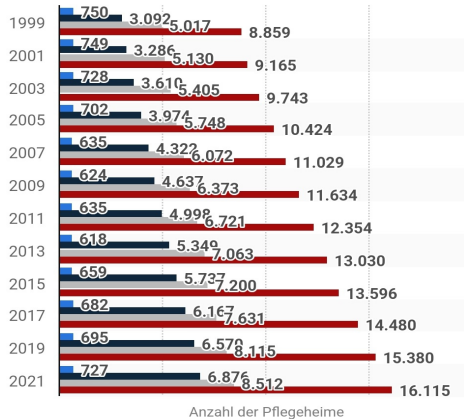


Quelle: Destatis

Die Statistik zeigt u.a. den Gewinn des Klinikunternehmens Fresenius Helios in den Jahren 2009 bis einschließlich 2023. Im Jahr 2022 erzielte Fresenius Helios ein Konzernergebnis von rund 766 Millionen Euro. Siehe da, der Arbeiter wird krank, geht ins private Krankenhaus, Geld von den gesetzlichen Krankenkassen wird abgerufen durch private Krankenhäuser mit Gewinnerzielungsabsicht - Gewinne, die aus der Kasse der Arbeiter abgeschöpft werden und wieder als Profite in die Hände privater Unternehmer und Kapitalisten fließen. Für die von der

Krankenkasse 1995 abgegliederte Pflegekasse zeigt sich ein vergleichbares Bild. Auch hier haben die privaten Träger ihren 'Marktanteil' weiter ausgebaut.

Anzahl von Pflegeheimen in Deutschland nach Trägerschaft in den Jahren 1999 bis 2021



- Öffentliche Träger
- Private Träger
- Freigemeinnützige Träger
- Träger insgesamt

Quelle: Destatis

Dazu kommt, dass für einen Sitz im Pflegeheim der Großteil der Rente aufgebracht werden muss. Wirtschaftsanalysten setzen dabei stark auf den zukunftssträchtigen 'Pfleagemarkt', wie bspw. IBISWorld (Unternehmen für Branchenrecherche) begierig festhält:

"Der Branchenumsatz der Altenheime ist seit 2018 um durchschnittlich 7,1 % pro Jahr gewachsen und dürfte im aktuellen Jahr um 4,7 % auf 9 Milliarden Euro ansteigen; die Gewinnmarge dürfte 2023 bei 15,4 % liegen. Die alternde Bevölkerung erhöht den Bedarf an Heimplätzen. Durch den demografischen Wandel in der Gesellschaft hat die Altenpflege in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen."⁸

8 <https://www.ibisworld.com/de/branchenreporte/altenheime/402/>

Logischerweise müssten die gesetzlichen Krankenkassen den Spieß eigentlich umdrehen und den Ausbau eigener medizinischer Einrichtungen forcieren, um die Gelder aus privaten Krankenkassen und der staatlichen Sozialhilfe in ihre Kassen zu spülen. Dort wäre das Geld sicherlich sinnvoller aufgehoben, als in Form von Profit in privaten Händen.

VII. Heute existieren rund 550 Träger der deutschen Sozialversicherungen, wie etwaige Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Rentenversicherungsträger und andere. Die Kräfte zur Effizienzsteigerung durch Zentralisation, Kombination und Konzentration haben kräftig auf diese eingewirkt. Gab es 1970 noch 1.815 Krankenkassen, hatte sich 1990 die Anzahl bereits auf 1.147 reduziert. Im Jahr 2000 waren es noch 420. Heute (2024) gibt es nur noch 95 Kassen. Das Ergebnis dieser Entwicklung können wir in unserem Sinne getrost vorwegnehmen. Also hin zu einer einheitlichen Versicherung, einer Versicherung, die durch ihre Versicherten selbstverwaltet und ihr Leistungsspektrum selbst bestimmt wird, einer Versicherung, die in ihrer Einheit auch dazu im Stande ist, sich den beständigen Angriffen und begierigen Griffeln der Bürger und Kapitalisten zu widersetzen.

In der politischen Arbeiterklasse herrschen derzeit vor allem unterschiedliche Ideen hin zur Herstellung einer einheitlichen Bürgerversicherung. Unter diesem Slogan verbergen sich Vorstellungen einer `solidarischen Gesundheitsversicherung`, bei der alle Bürger, Arbeiter wie Beamte, Selbstständige oder Vermögende, Mitglied werden, damit sich alle an den Kosten beteiligen, damit angeblich eine bessere medizinische Versorgung gewährleistet werden kann. Der Lohn sowie Einkommen aus Vermögen und Aktien sowie Grund- oder Hausbesitz soll hier als Grundlage zur Bestimmung der Beitragshöhe herangezogen werden. Der entscheidende Haken an der Sache ist der, dass damit die Bürger und Kapitalisten ihren Zugriff wie auch ihre Kontrolle auf die Kassen, die vornehmlich

aus Lohnanteilen der Arbeiter bestehen, noch ausgreifender geltend machen könnten. Daher muss eine solche Bürgerversicherung abgelehnt werden und stattdessen die Schaffung einer proletarischen Einheitskasse proklamiert werden. Die Forderung der Arbeiterklasse im Sinne der Arbeiter müsste daher lauten:

Schaffung einer Einheitskasse – gegen die kapitalistische Marktlogik und das Profitstreben.

VIII. Zusammenfassend fordern wir daher für eine Demokratisierung des Sozialversicherungssystems:

- **volle Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Lohnabhängigen selbst**
- **volle Selbstbestimmung über alle Leistungen durch die Sozialversicherungen**
- **vollständige Zahlung aller Beiträge zu allen Sozialversicherungen durch die Unternehmen**
- **Schaffung einer Einheitskasse – gegen die kapitalistische Marktlogik und das Profitstreben.**

Damit hätte die Arbeiterklasse ihre Kassen und Strukturen, die ihrer Vorsorge und Versorgung dienen, wieder unter eigener Kontrolle, durch ein von ihnen regelmäßig zu wählendes Selbstverwaltungsorgan⁹. Damit hätten die Proleten die Mittel in der Hand, um sich solidarisch um ihre Belange zu kümmern und um sich gemeinsam aufzustellen, für Zeiten, die da kommen mögen.

⁹ Siehe hierfür auch "Die Linke und das deutsche Kammerwesen" unter www.demokratie-und-klasse.org

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Arbeitskreis Demokratisierung der Sozialversicherungen, 2026
Vi.S.d.P.: Wolfgang D. Blau
Rebenring 62, 38106 Braunschweig
Mail: demokratie-und-klasse@posteo.de
Fotonachweis: Wikipedia
Versionsnummer: 2026-02-17

